

Schriften der KathO NRW
Band 11

KatHO_{NRW}
Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen
Catholic University of Applied Sciences

Johann Michael Gleich (Hrsg.)

Familie heute

Aktuelle Lage, Orientierungen und Hilfestellungen

Verlag Barbara Budrich



Schriften der Katholischen Hochschule
Nordrhein-Westfalen

Band 11

KatHO

NRW

Aachen | Köln | Münster | Paderborn

Katholische Hochschule Nordrhein-Westfalen
Catholic University of Applied Sciences

Johann Michael Gleich (Hrsg.)

Familie heute

Aktuelle Lage,
Orientierungen und
Hilfestellungen

Verlag Barbara Budrich
Opladen & Farmington Hills, MI 2009

Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier.

Alle Rechte vorbehalten.

© 2009 Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, MI
www.budrich-verlag.de

ISBN 978-3-938094-82-2

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: disegno visuelle kommunikation, Wuppertal – www.disenjo.de
Druck: paper & tinta, Warschau
Printed in Europe

Inhalt

1. Johann Michael Gleich
Familie heute – eine Einleitung..... 7

Lage von Familien

2. Ursula Nothelle-Wildfeuer
Familien in Deutschland: gesellschaftliche Realität, politische
Leitbilder und sozialetische Perspektiven 13
3. Johann Michael Gleich
Arme Familien, arme Kinder – individuelle und
gesellschaftliche Konsequenzen 39

Orientierungen

4. Dominik Schwaderlapp
Ehe und Familie – Keimzelle von Kirche und Gesellschaft.
Zur Berufung der Eheleute im Schöpfungs- und
Erlösungsplans Gottes..... 55
5. Karl Heinz Schmitt
Christen sind Glaubensverwandte – nicht Blutsverwandte.
Ein Beitrag zur Theologie der Familie..... 67

Probleme und Hilfestellungen

6. Hugo Maier
Familie(n) und Soziale Arbeit oder: Normalitäten,
Sanierungsfälle und Zukunftsmodelle..... 81
7. Angelika Schmidt-Koddenberg
Ressourcen und Bildungsorientierung in
Zuwandererfamilien – Möglichkeiten für einen innovativen
Praxisansatz in der Region 91

1. Familie heute – eine Einleitung

Das Thema Familie stellt für das Handlungssystem Soziale Arbeit eines der zentralen Themenfelder dar. Die Sorge um Integrität, Schutz und Förderung der Familie gehört zu den wichtigsten Aufgaben der Sozialen Arbeit und der in diesem Arbeitsfeld Tätigen. Aus Sicht vieler Expertinnen und Experten haben sich in den vergangenen Jahrzehnten Lage und Rahmenbedingungen für das Leben in der Familie vielfach deutlich verschlechtert. Damit sind auch die Anforderungen an die Soziale Arbeit erheblich angestiegen. Erschien das Leben in der Familie in den Nachkriegsjahren zunächst zunehmend wieder als etwas selbstverständliches, so änderte sich dies Anfang der 1970er Jahre schnell. Eine Vielzahl von unterschiedlichen familialen Lebensformen bestimmte das Zusammenleben vieler Menschen. Mit dieser Vielfalt verband sich gleichzeitig die Schwierigkeit, Belastungen und Nöte vieler Familien zu erkennen und darauf mit geeigneten Maßnahmen zu reagieren, zu unterschiedlich, zu komplex erschien und erscheint uns bis heute die Aufgabe, auf solche Veränderungen angemessen zu antworten. In der Folge entwickelte sich eine gesellschaftliche Diskussion, die Betrachtungen und Vorstellungen von Familie in ausgeprägtem Maße mit Problemen in Verbindung brachte. Ausgehend vom demographischen Wandel, den ungleich verteilten Belastungen durch Kinder, bis hin zur Wahrnehmung neuer Armutgruppen in der Bevölkerung, nämlich den Alleinerziehenden oder Familien mit Migrationshintergrund, entstand in kürzester Zeit ein Bild von Familie, das auf viele jüngere Menschen nur noch bedrohlich und abschreckend wirken konnte. Inzwischen gibt es eine Reihe von Studien, in denen junge Paare von ihren Ängsten vor Benachteiligung in Gesellschaft und Beruf, vor fehlender Hilfe und Unterstützung bei der Betreuung, bei der Erziehung aber auch vor finanziellen Risiken, vor Verarmung berichten. Führt bei uns das Leben mit Kindern zu Benachteiligungen, vielfältigen, individuell zu tragenden Belastungen, gar in vielen Fällen zu Armut? Verzichten bei uns immer mehr Paare deshalb bei ihrer Lebensplanung auf das Zusammenleben mit Kindern, weil sie in Abwägung der Vor- und Nachteile bei einer Entscheidung für eine Familie zu viele Risiken eingehen müssten? Haben sich die Rahmenbedingungen für das Überleben der Familie in unserer Gesellschaft dermaßen verschlechtert, dass viele Lebensformen bevorzugen, die weniger riskant erscheinen?

Betrachten wir alleine die demographischen Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte, so spricht einiges für solche Vermutungen. Heute

leben gerade mal in jedem dritten Haushalt Kinder unter 18 Jahren, vierzig Jahre zuvor galt dies immerhin noch für mehr als jeden zweiten Haushalt. Das partnerschaftliche Zusammenleben mit Kindern stellt nicht mehr der alleinige, für alle gültige Maßstab dar, sondern wird zunehmend zu einer möglichen, immer weniger verbindlichen Lebensform unter vielen. Gleichzeitig verbinden sich mit solchen Veränderungen eine Reihe von Konsequenzen, die ohne entsprechende Anpassungen zu erheblichen Problemen bei den betroffenen Individuen aber auch der gesamten Gesellschaft führen. Vieles spricht dafür, dass die beschriebene Situation letztlich Ausdruck, Indikator für einen gesellschaftlichen Wandel darstellt, den es erst noch zu bewältigen gilt:

„‘Familie’ als Begriff steht insoweit für mehr, steht für den Anstieg der prekären Haushalte ebenso, wie für die nachlassende Stabilität von Partnerschaften, aber auch für die rückläufige Zahl von Kindern. Mit anderen Worten: Familie lässt sich in diesem Sinne auch verstehen als eine Chiffre für das allgemeine Unbehagen mit Blick auf die Möglichkeiten und Grenzen einer modernen Lebensführung unter den Bedingungen einer Gesellschaft, die den Menschen einerseits Mobilität und Flexibilität abverlangt und ihnen andererseits gleichzeitig Fragilität und Ungewissheit zumutet. Spätestens diese Veränderungen der Rahmenbedingungen stellen heute alle Beteiligten, die sich um die Lage der Zukunft der Familie kümmern, vor neue und andere Herausforderungen.

Alleine diese wenigen Hinweise machen deutlich, dass wir uns in einer neuen, grundlegenden Auseinandersetzung um die Gestaltung von Lebensverhältnissen befinden, in der es darum geht, dass Familie als Lebensform lebbar, attraktiv lebbar wird und bleibt, in der ein Leben mit Kindern mithin nicht nur zu einer zweitbesten, mehr schlechten als rechten Form der Lebensführung wird“ (Rauschenbach, 2005, 3).

Familie als Lebensform attraktiv lebbar zu machen ist eine der grundlegenden und zentralen Fragen unserer Zeit, deren Lösung nicht nur von Bedeutung für die Familien mit Kindern, sondern für alle Bevölkerungsgruppen ist. Dies erfordert auch veränderte Sichtweisen im Bereich der Familien-, Arbeits-, Sozial- und Bildungspolitik.

Im Vordergrund der deutschen Familienpolitik lag viele Jahre der Schwerpunkt auf einer expansiven Familienförderung in Form von finanziellen Transferleistungen. Der Rest galt als individuelles Problem der Betroffenen. Vor dieser Schwerpunktsetzung traten andere Unterstützungsformen stark in den Hintergrund. Wie hoch solche Leistungen aber auch immer sein mögen, ein den tatsächlichen Bedingungen entsprechender Ausgleich zwischen verschiedenen Lebensformen und den damit verbundenen Belastungen wird man letztlich realistischerweise nur schwer erreichen können, vor allem nicht in Zeiten, in denen die Kassen der öffentlichen Haushalte klamm sind und viele Interessengruppen sich um das wenige Geld streiten. Andere Formen der Förderung von Familien, etwa die Verbesserung

der Möglichkeiten, Beruf und Familie zu vereinbaren – damit ist nicht immer nur die Frage der Berufstätigkeit von Frauen zu verstehen, sondern ebenso die der Männer und ihrer Arbeitsbedingungen – traten hierbei in den Hintergrund. Die Gefahr dieser Art von Familienförderung besteht nun auch darin, dass mit dieser Konzentrierung auf monetäre Transferleistungen das Bewusstsein für gesamtgesellschaftliche Solidarität gegenüber den Familien schwindet, schließlich gibt es ja die Transferleistungen. Und wenn letztere nicht ausreichen, so liegt dies an der schlechten allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, den damit schrumpfenden Steuereinnahmen oder gar auf die vermeintliche Unfähigkeit, selbst Eigeninitiative zu entwickeln – kurz aus der Sicht vieler Menschen an Bedingungen, die sie nicht verändern können. Eine Abkehr von einseitigen Konzentrierungen auf expansiver Formen der Förderung von Familien, eine stärkere Berücksichtigung und Förderungen von Familien in Form von Ressourcenstärkung erscheint wesentlich effektiver und scheint das Vertrauen in eine Zukunft der Familie in der Gesellschaft bei Eltern eher zu stärken, als der bisherige Weg.

Drei zentrale Aufgaben der Familie, wenn man so will, klassische Funktionen, verweisen auf den Kern des Problems, machen deutlich, in welchen Bereichen eine Ressourcenstärkung notwendig ist. Es handelt sich hierbei um klassische Funktionen, die von vielen Familien nur noch teilweise erfüllt werden können und von Rauschenbach als Betreuungsdefizit der Familie, Erziehungsdefizit der Familie und Bildungsdefizit der Familie beschrieben werden. Die genannten Defizite treten nicht in allen Familien gleichermaßen ausgeprägt auf, stellen aber grundsätzliche Probleme dar. Ziel weitergehender Überlegungen muss es deshalb sein, Familien Orientierungen zu geben, sie stärker zu unterstützen, ihnen Ressourcen zur Verfügung zu stellen und ihnen Möglichkeiten zu eröffnen, ihre Aufgabe und Funktion auch unter veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen erfüllen zu können und je nach Bedarf auf entsprechende Hilfestellungen zurückgreifen zu können. Gerade die flächendeckende Einführung sozialer Frühwarnsysteme oder die Idee der Familienzentren NRW sind überzeugende Beispiele für Formen der Unterstützung und Hilfe. Je früher und umfassender solche Hilfestellungen erfolgen, desto wirkungsvoller und effektiver verbessern solche Maßnahmen die Lebenssituation der Familien und die Entwicklungsmöglichkeiten von Kindern, lassen sich mit den Vorstellungen über Familie auch positive Aspekte für potenzielle Mütter und Väter verbinden.

Wenn zuvor davon gesprochen wurde, dass Defizite nicht in allen Familien gleichermaßen häufig und intensiv auftreten, so muss auch auf den aktuellen wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskussionsstand verwiesen werden. Ging es noch Anfang der 1990er Jahre zunächst schwerpunktmäßig darum, das Problem der Armut von Familien und Kindern überhaupt wahr-

zunehmen, ging es anschließend darum, die sich ergebenden Folgen hinsichtlich wichtiger Lebens- und Entwicklungsbereiche genauer zu beschreiben und Konzepte zu entwickeln, wie sich entsprechend negative Auswirkungen für Familien mildern oder vermeiden lassen, so wird zunehmend deutlicher erkennbar, dass die generellen Tendenzen des Auseinanderfallens von gesellschaftlichen Gruppen auch vor den Familien nicht halt machen. Eine aktuelle Studie der Konrad –Adenauer-Stiftung beschreibt den enormen Erwartungsdruck, dem sich viele Eltern heute ausgesetzt fühlen. So fühlt sich nach den Ergebnissen dieser Studie ein Drittel der Eltern oft bzw. täglich gestresst durch Aspekte des Bildungsdrucks, Erziehungsdrucks, fehlende Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber auch finanziellem Druck. Ein großer Teil dieser Argumente ist uns zuvor bereits in den Darlegungen von Rauschenbach begegnet. Auch dass nicht alle Familien die damit verbundenen Probleme gleichermaßen gut bewältigen, erwies sich bereits in vielen vorangegangenen Studien als wichtige Erkenntnis. Neu in der vorgelegten Studie ist aber, so die Schlussfolgerungen der Autorinnen und Autoren der Untersuchung, dass „der Zulauf zu privaten Schulen, Kindertageseinrichtungen, sowie Freizeitaktivitäten, Ernährungsverhalten und Medienumgang der Kinder, ebenso das Umzugsverhalten der Eltern deutlich machen, dass die Milieus in Deutschland auseinanderdriften. Ansätze zur Stärkung der Familie müssen demnach, über bereits erwähnte allgemeine Forderungen aller Eltern nach stärkerer Wertschätzung, besserer Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Verbesserung der Bildungssysteme, der Beratungsangebote und der finanziellen Transferleistungen, zukünftig auch Entwicklungen des Auseinanderdriftens verschiedener Milieus und deren jeweils spezifischen Ressourcenerfordernisse berücksichtigen.

Die in diesem Band zusammengefassten Ausführungen wollen einen Beitrag zu solch einer Ressourcenstärkung liefern, wollen Anregungen geben und gleichzeitig exemplarisch aufzeigen, in welcher vielfältiger Weise und aus welcher unterschiedlichsten Perspektiven die Soziale Arbeit die Aufgabe der Sorge um Integrität und Schutz der Familien umsetzt.

Neben einer Auseinandersetzung mit grundlegenden Fragestellungen zum Wesen, zur Bedeutung und zur Lage der Familie beschäftigen sich die Autorinnen und Autoren des Bandes aus Sicht unterschiedlicher Disziplinen und Professionen mit ausgewählten Problemlagen und Lösungsansätzen zur Stützung und Förderung von Familien. Die Beiträge gehen auf einen Hochschultag des Fachbereichs Sozialwesen, Abteilung Köln der Katholischen Hochschule Nordrhein-Westfalen zum Thema „Familie heute“ zurück. Sie spiegeln dabei durchaus unterschiedliche, zum Teil kontroverse Positionen wider und verweisen so, je nach Perspektive der Autorin /des Autors, auf unterschiedliche Ressourcenerfordernisse. Die Darstellungen lassen sich grob

drei jeweils aufeinander bezogenen Themenbereichen zuordnen. Ausgangspunkt der Betrachtungen sind zunächst zwei eher grundlegende Betrachtungen zur Lage von Familien. Ursula Nothelle-Wildfeuer gibt im einführenden Beitrag einen Überblick über die Lage von Familien in Deutschland und verbindet diese generellen Betrachtungen mit derzeit aktuellen politischen Leitbildern und sozialetischen Perspektiven. Damit vermittelt die Autorin den Leserinnen und Lesern eine erste und wichtige Orientierung zur Einschätzung einer Vielzahl von Maßnahmen in Bereichen der Familienpolitik. Eines der wohl aktuellsten gesellschaftlichen Probleme, die Armut von Familien und Kindern, rückt Johann Michael Gleich in den Mittelpunkt der Betrachtungen und verweist hierbei auf mögliche langfristige Folgen. Grundlegende theologische Perspektiven und Orientierungen zum Thema Ehe und Familie finden sich in den beiden Beiträgen von Dominik Schwaderlapp und Karl Heinz Schmitt. Auf der Grundlage dieser Beschreibungen zur Lage der Familie und Orientierungen folgen eine Reihe von Beiträgen, die verdeutlichen, wie breit das Spektrum möglicher Probleme von Familien aussieht, welche Vielfalt an Hilfestellungen der Sozialen Arbeit zur Verfügung stehen. Dass Soziale Arbeit in der Vergangenheit wertvolle Unterstützung für Familien leistete, dürfte weitgehend anerkannt sein, interessant dürfte heute der Punkt sein, wie sich Soziale Arbeit zukünftig entwickeln muss, um den veränderten Lagen von Familien gerecht zu werden. Je nach Perspektive ergeben sich hierbei sehr unterschiedliche, zum Teil recht unvereinbar erscheinende und gegensätzliche Positionen, die sich aber durchaus auch in aktuellen politischen Diskussion wiederfinden. Hugo Mayer greift in seinem Beitrag nach zukünftigen Familienmodellen einen ersten wichtigen Aspekt auf und eröffnet damit den Reigen zu einer Reihe weiterer Themen, angefangen bei Fragen der Betreuung und Pflege in der Familie (Renate Zwicker-Pelzer), Neuorientierungen im Familienrecht (Rolf Jox), bis hin zu Impulsen für die Erziehungspraxis (Albert Wunsch). Den Themen Familienbildung (Dietmar Jürgens) und den Ressourcen und Bildungsorientierungen von Zuwandererfamilien (Angelika Schmidt-Koddenberg) sind die beiden folgenden Beiträge gewidmet, während sich Johann Michael Gleich und Ute Haupt sich mit dem viel beachteten Modell „Familienzentrum NRW“ befassen. Abgeschlossen wird der Band mit einem beachtenswerten Beitrag von Barbara Krause, in dem sie den Prozess zu einer „Familiengerechten Hochschule“ aufgreift und beschreibt.

Literatur

- Borchard, Michael, Henry-Hutmacher, Christina, Tanja Merkle M.A., Carsten Wippermann: Eltern unter Druck. Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. (Hrsg.), Stuttgart 2008.
- Rauschenbach, Thomas 2005: Familie als Bildungsort – Bildungsorte für Familien. Herausforderungen für eine moderne Familienbildung. Leicht veränderte und korrigierte Fassung des Vortrags auf dem „Zukunftsforum Familienbildung II“ des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein- Westfalen am 16.02.05 in Düsseldorf. Unveröff. Manuskri.

2. Familien in Deutschland: gesellschaftliche Realität, politische Leitbilder und sozioethische Perspektiven

Einleitung: Familienpolitik und ihre Leitbilder in der Debatte

„Und da das Ziel jedes Staates eines ist, so muss auch die Erziehung für alle eine und dieselbe sein: die Fürsorge dafür muss staatlich und nicht privat geregelt werden und nicht so wie jetzt, wo ein jeder privat sich um seine Kinder kümmert und ihnen privat eben das beibringt, was ihm gerade gut scheint.“ (Aristoteles, 2003⁹, 252.)

Bei diesem Zitat handelt es sich nicht um eine Grundsatzerklärung der Bundesfamilienministerin, auch nicht um einen Auszug aus den Koalitionsvereinbarungen, sondern um eine kurze Passage aus der bedeutsamsten staatsphilosophischen Schrift des Aristoteles „Politik“.

Auch wenn mehr als zwei Jahrtausende zwischen Aristoteles und unserer Gegenwart liegen, sind wir mit diesem Zitat bereits mitten in der Debatte, die die gegenwärtige bundesrepublikanische Öffentlichkeit und Gesellschaft heftig bewegt: Erziehung – primär eine Angelegenheit des Staates?

Familienpolitik ist nicht länger „Gedöns“ (Gerhard Schröder), sondern ist zum Zentrum politischer Debatten und Aktivitäten geworden. Bei aller Problematik, die mit Details der Familienpolitik verbunden ist, ist es ein großes Verdienst der Familienministerin, die Familienpolitik aus ihrem Schattendasein herausgeführt zu haben und ihr den Platz zugewiesen zu haben, der ihr für die Existenz jedes Menschen und der Gesellschaft insgesamt gebührt.

An zahlreichen Details der Debatte entzündet sich aber mit Recht eine intensive gesellschaftliche Auseinandersetzung, verweisen die einzelnen Argumente doch immer auf ein dahinterstehendes Bild von Familie und ihrer Realität. Den Schwerpunkt der Auseinandersetzung bildet dabei gegenwärtig die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Sehr unterschiedliche diesbezügliche Leitbilder beeinflussen die konkreten Vorstellungen und Konzeptionen von Familienpolitik, und es gilt im Folgenden, aus sozial-ethischer Perspektive diese Leitbilder zu analysieren, zu kritisieren und eine Konzeption zu entwickeln, die der Würde des Menschen und seiner Freiheit, dem Wohl des Kindes und der Familie gerecht wird.

Im Blick auf diese Intention werden in den folgenden Überlegungen zunächst die verschiedenen Ansätze und Konzeptionen vorgestellt, die gegenwärtig relevant sind, sodann erläutert ein zweiter Teil das sozioethische Konzept einer subsidiären Familienpolitik, bevor im dritten Teil grundsätzliche Optionen einer solchen subsidiären Familienpolitik entfaltet werden sollen.

2.1. Unterschiedliche Ansätze in der aktuellen Debatte um die Familienpolitik

In der gegenwärtigen familienpolitischen Debatte wird eine Vielzahl an Gründen und Motiven für das derzeit große Interesse und die Mittelpunktstellung dieser Thematik genannt. Eine nähere Analyse zeigt, dass hier sehr unterschiedliche familienpolitische Ziele und Konzeptionen bestimmend sind. Diesbezüglich werden in den folgenden Überlegungen vier Typen familienpolitischer Ansätze unterschieden. In der Realität gibt es selbstverständlich oftmals ein Ineinandergreifen der unterschiedlichen Positionen.

2.1.1. Der demographische Ansatz der Familienpolitik

Die aktuelle Familienpolitik der großen Koalition unter Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen begründet alle familienpolitischen Maßnahmen – sowohl das zu Beginn des Jahres 2007 eingeführte 12- bzw. 14-monatige Elterngeld als auch die aktuelle Debatte um die Kinderkrippen für die 1-3-Jährigen als auch die Debatte um einen kostenfreien Kindergartenplatz sowie um steuerliche Absetzbarkeit der Betreuungskosten – primär mit dem Bezug auf die demographische Problematik der bundesrepublikanischen Gesellschaft. So heißt es in einem Grußwort der Familienministerin zu einer Tagung „Betriebliche Familienpolitik – Forschungsstand und Forschungsperspektiven“:

„Angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen lassen sich die zentralen Aufgaben der Familienpolitik auf einen einfachen Nenner bringen: Wir brauchen mehr Kinder in den Familien, und wir brauchen mehr Familien in der Gesellschaft.“
(von der Leyen 2007, 9.)

Die Frage stellt sich zugespitzt so: Warum bekommen wir nicht genügend Nachwuchs für die Sicherung der sozialen Systeme, insbesondere der Ren-

ten¹, und was ist zu tun, um hier eine Trendwende, zumindest aber ein weiteres Absinken der Geburtenrate zu erreichen? Es ist sicher nicht zu bestreiten, dass die Familienpolitik mit Blick auf die demographische Entwicklung in Deutschland (Birg 2005, 66-102), von der wir zurzeit tatsächlich erst die Spitze des Eisbergs erfahren², eine durchaus bedeutende Rolle spielt.

Zum demographischen Wandel seien ein paar Daten in Erinnerung gerufen: Deutschland ist – das ist hinreichend bekannt – inzwischen eines der kapitalreichsten, aber kinderärmsten Länder der Welt (vgl. Kirchhof 2005, 64), die Geburtenrate sinkt stetig. Deutschland hat mit derzeit 1,35 Kindern pro Frau (manche Statistiken sprechen schon von 1,29) eine der niedrigsten Geburtenraten in der EU.

„Während von den in den 30er Jahren geborenen Frauen der alten Bundesländer etwa 90% Mutter wurden, ist der Anteil der kinderlosen Frauen bei den nach 1955 Geborenen auf über 20% gestiegen und nähert sich in den jüngsten Kohorten einem Drittel“ (vgl. Herlth u. Kaufmann 1998, 724.)

Der Wert von mehr als einem Drittel (ohne Kinder) wird heute bereits von Akademikerinnen erreicht. Ein höchst interessanter Trend sei an dieser Stelle noch eigens erwähnt: Offensichtlich gibt es in Deutschland eine Tendenz zur Polarisierung zwischen einer Gruppe von Frauen, die – aus welchen Gründen auch immer – kinderlos bleiben und einer Gruppe von Frauen, die sich für Kinder entscheiden³. Diese letztere Gruppe scheint sich nicht viel anders zu verhalten als die vergleichbare Gruppe von Müttern früherer Altersgruppen –

„Eine Frau, die hierzulande ein Kind erwartet, bekommt sehr wahrscheinlich auch ein zweites.“ (Gruescu u. Rürup 2005, vgl. auch Gräf 2006).

In Deutschland gibt es auch, anderen westlichen Industrieländern vergleichbar, weiterhin die Tendenz zu Mehrkindfamilien⁴, d.h. zu Familien mit drei und mehr Kindern – neuerdings wird sogar vorsichtig nach einem Trend zu Großfamilien mit fünf und mehr Kindern gefragt. Dies hat entsprechende Konsequenzen für die Kinder, die eben nach wie vor in größeren Familien

1 Schwab 2006, 24, sieht hier eine gewisse geschichtliche Kontinuität am Werk: „Ging es früher um eine genügende Zahl von Arbeitskräften und Soldaten, so richtet sich heute das Interesse auf die zureichende Quantität von Beiträgern in die gesetzlichen Rentenkassen.“

2 Die aktuelle Problematik der sozialen Sicherungssysteme hat nämlich vorrangig ihren Grund in der seit Jahren auf hohem Niveau verbleibenden Arbeitslosigkeit und dem daraus resultierenden Rückgang der Einnahmen der Sicherungssysteme.

3 Somit lässt sich heute bezüglich der Frage, ob Elternverantwortung übernommen wird oder nicht, eine wachsende Polarisierung der Lebensläufe beobachten und damit eine Ausdifferenzierung in einen kindzentrierten und paarzentrierten (bzw. partnerschaftszentrierten) Familientypus. Vgl. Geißler 1996, 329.

4 Vgl. Gräf 2006, 11: „So liegt der Anteil der Frauen des Geburtsjahrgangs 1960 mit vier und mehr Kindern in Spanien und Italien mit 4 bzw. 3% deutlich unter dem Niveau in Deutschland (8%).“

aufwachsen und für die Mütter, die, so sie außerhäuslich erwerbstätig sein wollen, besonderer organisatorischer und managerartiger Fähigkeiten bedürfen.

Ein Blick sei noch geworfen auf die in der gegenwärtigen Debatte speziell interessierende und thematisierte Gruppe der Akademikerinnen: Unter den Akademikerinnen in Deutschland sind es jüngsten Umfragen zufolge zwischen 30 und 40%, die kinderlos bleiben.⁵ Wenn auch die Debatte um das demographische Problem Deutschlands nicht, wie in letzter Zeit in der öffentlichen Debatte geschehen, nahezu ausschließlich auf die Kinderlosigkeit der Akademikerinnen begrenzt werden darf, so liegt es doch nahe und scheint es sinnvoll zu sein, sich mit familienpolitischen Maßnahmen dieser Gruppe in besonderer Weise zu widmen. Zu bedenken bleiben nämlich vor allem die Opportunitätskosten⁶, die bei besser qualifizierten und gut verdienenden Frauen höher sind als bei gering verdienenden Frauen. Vor diesem Hintergrund liegt es dann auf der Hand, dass mit dem Konzept des Elterngeldes, wie es Anfang des Jahres 2007 eingeführt wurde, gerade auch Akademikerinnen gefördert werden und, so würde es der im Jahr 2005 verstorbene Familienwissenschaftler Max Wingen ausdrücken, ganz im Sinne einer bevölkerungsbewussten Familienpolitik (vgl. Wingen 2004) motiviert werden sollten, (wieder mehr) Kinder zu bekommen.

Der demographische Ansatz der Familienpolitik geht nun von der folgenden Voraussetzung aus: Bei Frauen ist seit vielen Jahren schon eine stetig zunehmende Erwerbsneigung festzustellen, die von der Biographie, der eigenen Ausbildung, von der Gendergerechtigkeit und auch von der ökonomischen Situation her begründet wird. Vor die unselige Alternative Beruf/

5 Vgl. Gräf, 2006, 11, der die immer wieder in der Diskussion genannte, auf einer Untersuchung des Statistischen Bundesamtes (Mikrozensus vom Jahr 1996) beruhende Zahl von 40% nur mit Vorsicht interpretiert und für begrenzt aussagekräftig hält, da sie die „tatsächliche“ Kinderlosigkeit bei Akademikerinnen insgesamt nicht besonders gut abbildet: Ein präziser Blick auf die Bezugsgruppe des Mikrozensus (35- bis 39-jährige Frauen im früheren Bundesgebiet mit Universitätsabschluss, bei denen zum Befragungszeitpunkt keine Kinder im Haushalt lebten“, 3) macht dies deutlich. Im Unterschied dazu kommt das DIW auf der Basis des Sozio-Ökonomischen Panels (SOEP) mit sehr viel umfangreicheren Stichproben und der Frage danach, ob und wie viele Kinder sie jemals geboren haben, zu anderen, in den Augen von Gräf stichhaltigeren Ergebnissen. Am ehesten der Bezugsgröße des Mikrozensus vergleichbar ist das Ergebnis für Gesamtdeutschland, das nach DIW eine Kinderlosenquote von 34,5% ermittelt. Detailliertere Berechnungen s. ebd.

6 „Opportunitätskosten von Kindern sind aufgrund einer Unterbrechung der Erwerbstätigkeit das individuelle Einkommen und die damit verbundenen Rentenansprüche. Zu den Opportunitätskosten zählen aber auch die Geldsummen, die man nicht anderweitig verwenden kann, da Aufwendungen für Kinder notwendig sind; das niedrigere Arbeitslosigkeitsrisiko von erwerbstätigen Nicht-Eltern im Vergleich zu erwerbstätigen Eltern, da Kinderlose mehr Flexibilität aufweisen und der Nutzen einer stetigen Beschäftigung bezüglich des eigenen Humankapitals.“ Gruescu u. Rürup 2005, 3. Dort ist auch ergänzend die Rede von nicht-monetären Opportunitätskosten wie etwa Diskriminierung von Müttern am Arbeitsplatz oder bei Besetzungen für Projekte etc.

Karriere oder Kind gestellt, fallen sie vor diesem Hintergrund immer häufiger eine Entscheidung *für* Beruf und Karriere und *gegen* Kinder. Familienpolitische Maßnahmen, die diese Entwicklung vor allem im Blick haben, müssen darum darauf abzielen, diese Alternative aufzubrechen und es Frauen, die primär auf Beruf und Karriere ausgerichtet sind, auch zu ermöglichen, Kinder zu bekommen.

„Es ist heute keine Frage mehr, ob Frauen arbeiten und es ist auch keine Frage mehr, dass dies ökonomisch sinnvoll ist. Die Frage ist vielmehr, ob diese Frauen Kinder bekommen oder nicht.“ (von der Leyen 2007, 9.)

Im Vordergrund der aktuellen familienpolitischen Bemühungen steht vor diesem Hintergrund derzeit der Ausbau der öffentlichen Betreuungseinrichtungen für Kinder zwischen 1 und 3 Jahren so, dass im Jahr 2013 für jedes dritte Kind, das jünger als drei Jahre ist, ein derartiger Platz zur Verfügung steht. Zu den bisher bereits vorhandenen 250000 Plätzen sollen – so die offiziellen Berechnungen der Ministerin – weitere 500000 Plätze dazukommen. Bei exakter Berechnung wird aber deutlich, dass diese Zahl viel zu hoch angesetzt ist, dass es „nur“ um ca. 200000 zusätzliche Plätze geht⁷.

Das mit Beginn des Jahres 2007 mit eben dieser Intention eingeführte Elterngeld zeichnet sich dadurch aus, dass es keine pauschale Prämie mehr gibt, sondern eine vom bisherigen Einkommen abhängige Zahlung, deren Dauer allerdings von 2 Jahren auf 12 Monate bzw. bei Verteilung der Elternzeit auf beide Elternteile auf 14 Monate verkürzt wird, um die Eltern zu einer partnerschaftlichen Aufteilung der Elternarbeit zu bringen und sie beide, vor allem aber die Mutter, möglichst frühzeitig wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern.

Bei einer kritischen Bewertung dieses demographischen Ansatzes ist sicher festzuhalten, dass in Deutschland die demographische Problematik spät, wenn nicht zu spät in der Öffentlichkeit der gesellschaftlichen Diskussion bekannt geworden ist: „Die politische Quarantäne der Demographie endete“ – so der Bevölkerungswissenschaftler Herwig Birg – „mit Anbruch des neuen Jahrhunderts. Um 2001 explodierte plötzlich das öffentliche Interesse an demographischen Fragen.“ (Birg 2005.) Mit Blick auf die nun angestoßene Debatte um den Ausbau der Kleinkindbetreuung muss allerdings klar sein, dass „schnelle Rückschlüsse von der Dichte der Kinderbetreuungsein-

7 Manfred Spieker 2007a hinterfragt mit Recht diese Zahl der von der Familienministerin angegebenen, noch zusätzlich notwendigen Krippenplätze. Wenn man, so seine klare Berechnung, die sinkende Geburtenzahl in den Blick nehme, wenn man ferner noch die Kinder im ersten Lebensjahr subtrahiere, die allein aufgrund der Elterngeldregelung zuhause betreut werden, so kommt er zur Erreichung der Deckungsquote von 35% auf eine Zahl von ca. 200000 Krippenplätzen, die zusätzlich eingerichtet werden müssten. Das bedeutet aber, dass die im bereits zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Tagesbetreuungsausbaugesetz anvisierten und beschlossenen 230000 neuen Krippenplätze vollständig ausreichen würden.

richtungen auf die Höhe der Geburtenrate ... wissenschaftlich nicht tragfähig (sind)“ (Spieker 2007b, 10), schon allein ein Vergleich der ost- und westdeutschen Verhältnisse zwischen Krippenplätzen und Geburtenrate macht das deutlich.

Aber auch und gerade im Blick auf den in Zukunft möglicherweise wirklich bedrohlich werdenden demographischen Wandel bleibt prinzipiell aus der Perspektive einer christlichen Sozialethik und ihrer fundamentalen Orientierung an der Würde der menschlichen Person festzuhalten, dass Familienpolitik insgesamt nicht pronatalistisch verzweckt werden darf. Speziell in Deutschland ist der Begriff der Bevölkerungspolitik aus der national-sozialistischen Vergangenheit heraus sehr lange belastet gewesen und tabuisiert worden. Mittlerweile besteht zwar angesichts der problematischen Entwicklung der Geburtenrate (nicht nur in Deutschland, aber hier besonders ausgeprägt) durchaus Einigkeit darüber, dass „das Geburtenniveau ..., gemessen an seiner Sozialverträglichkeit, schlicht zu niedrig ist.“ (Wingen 2004, 15.) Zugleich muss aber auch klar sein, dass familienpolitische Maßnahmen nicht im Dienste der Bevölkerungspolitik stehen dürfen. Familien dürfen nicht zu Agenten der Gesellschaft werden. Vielmehr können familienpolitische Maßnahmen ggf. einen für die Bevölkerungsentwicklung positiven Nebeneffekt haben. Max Wingen spricht hier im Bemühen, dieser Differenzierung gerecht zu werden, von „bevölkerungsbewusster Familienpolitik“ (vgl. Wingen 2004).

Eine wichtige sozialethische Orientierung lautet hier: Ein direktes Ausrichten der die Familie betreffenden politischen Maßnahmen auf einen staatspolitischen Zweck widerspricht zutiefst den sozialethischen Prinzipien der Personalität und der Subsidiarität. Von daher gilt: Familienpolitik kann es nur darum gehen, den Familien Freiräume zur Entscheidung zu eröffnen und Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Entscheidungen für Kinder ermöglicht werden. Von daher soll Familienpolitik „die Leistungsfähigkeit der Familie ... fördern, aber nicht die Leistung ... prämiieren; Freiheitsräume ... eröffnen und Entscheidungen ... ermöglichen, jedoch nicht, Entscheidungen ... lenken oder gar ... erzwingen.“ (Baumgartner 1995, 60.)

Immer häufiger ist in selbstkritischer Manier gegenwärtig zu hören, dass in Deutschland zwar – verglichen mit anderen europäischen Ländern – viel Geld für Familienpolitik ausgegeben werde, aber ohne Erfolg, denn sonst müsste die Geburtenrate besser aussehen⁸. Als Konsequenz solchen Denkens liegt es nahe, dass dann, wenn der pronatalistische Effekt ausbleibt, diese

8 Vgl. dazu von Welser 2007b, 49: „Schon jetzt gibt Deutschland weit mehr für Familienförderung aus als andere Länder. Aber alle Fachleute bestätigen: Das Geld (zwischen 59 Milliarden und 240 Milliarden Euro ...) wird falsch ausgegeben.“ Die große Spannweite in der Summe resultiert aus der Tatsache, dass z. T. fälschlicherweise Leistungen wie Ehegatten-Splitting, Steuerfreibetrag, (die inzwischen abgeschaffte) Eigenheimzulage etc. in die Familienleistungen eingerechnet werden.

familienpolitischen Maßnahmen dem Diktat knapper Kassen wieder zum Opfer fallen. Von der gerade skizzierten sozialetischen Perspektive her bleibt mithin festzuhalten, dass der Erfolg der Familienpolitik nicht am Kriterium der Geburtenrate gemessen werden kann und darf, sondern vielmehr daran, ob sie Familien in ihren vielfältigen Aufgaben unterstützt und fördert.

2.1.2. Der ökonomische Ansatz der Familienpolitik

Ein zweites, ebenfalls zunehmend zentrales Motiv für den Wandel in Bedeutung und Inhalt der Familienpolitik liegt in dem wachsenden Interesse der Wirtschaft, möglichst ununterbrochen und uneingeschränkt das Humankapital (hoch qualifizierter) Frauen im Arbeitsprozess zur Verfügung zu haben. Dieses Humankapital werde – so die Argumentation – angesichts des demographisch begründeten Rückgangs der Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt dringend benötigt, die Wirtschaft könne es sich nicht leisten, auf diese Kompetenzen langfristig oder gar dauerhaft zu verzichten. Mit der noch vergleichsweise geringen Erwerbstätigkeit hoch qualifizierter Mütter sind – so ist in einem Beitrag zur Ordnungspolitik des Instituts der deutschen Wirtschaft zu lesen – zum einen hohe Opportunitätskosten verbunden sowie zum anderen „volkswirtschaftliche Einbußen ..., da das Potenzial der Frauen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht und zudem der Entwertung unterliegt. Schätzungen über die Höhe des Verlustes für die Volkswirtschaft liegen nicht vor“ (Hülkamp u. Seyda 2004, 30f), aber es gibt Berechnungen über die Höhe zusätzlicher Bruttoeinnahmeeffekte der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungsträger durch eine höhere Erwerbsbeteiligung von Müttern: „Demnach“, so heißt es in dem Beitrag weiter, „ergäben sich Steuermehreinnahmen in Höhe von sechs Milliarden Euro und Mehreinnahmen der Sozialversicherungsträger von bis zu 8,9 Milliarden Euro im Jahr“ (Hülkamp u. Seyda 2004, 31). Nimmt man nun allein diese Perspektive ein, so liegt es auf der Hand, dass die bisherigen, vor der Elterngeld-Regelung forcierten elternfreundlichen Maßnahmen (Erziehungsgeld, Elternzeit, Rückkehrrecht auf den Arbeitsplatz, Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit, Anrechnung von Erziehungszeiten im Rentenrecht etc.), die vielfach auf das Modell sukzessiver Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet waren, für die Wirtschaft, für das Humankapital der Mütter selbst sowie für weibliche Karrieren in Unternehmen als „Bremse“ (von Welser u. von der Leyen 2007, 46) und als schädlich angesehen werden, drohe doch sowieso – und dies ist ein weiterer wichtiger Aspekt der Debatte – ein Fachkräftemangel, der sich noch einmal verstärkt auswirke, wenn das Humankapital der Frauen in einer Familienphase brach liege, somit dem Arbeitsmarkt vorenthalten und dabei je nach Dauer der Unterbrechung ggf. auch entwertet werde.

Wenn der Rechtswissenschaftler Dieter Schwab bereits vor mehr als 10 Jahren in einer Regensburgener Universitätsrede unter dem Titel „Konkurs der

Familie“ (zit. nach Baumgartner 2002, 17) vor der Verrechtlichung der Familie gewarnt hat, dann ist diese dramatische Befürchtung des Konkurses mit einigem Recht auch zu übertragen auf die Bedrohung der Familie durch die Ökonomisierung, d.h. auf die Gefahr der völligen Unterordnung ihrer Eigenart, des Kerns der Familie unter die Bedürfnisse der Wirtschaft. Die Familie scheint tatsächlich dadurch in ihrer Substanz bedroht.

Diese Substanz und gleichzeitig ihr einmaliger Wert für die Gesellschaft lässt sich beschreiben mit Begriffen wie Liebe, Vertrauen, Rücksichtnahme, Hochherzigkeit und Großzügigkeit, Wärme und Hilfsbereitschaft. Papst Johannes Paul II. spricht zur Umschreibung all dieser Aspekte zusammenfassend von einer „Kultur des Lebens“, die die Familie prägt – das alles sind Dimensionen und Elemente, die sich einer ökonomischen und politischen Funktionalisierung entziehen. Sowohl ein freiheitliches Wirtschaftssystem als auch der freiheitliche Staat als auch die Gesellschaft bedürfen notwendig der Familie, gerade ihrer prosozialen Lebenskultur und der in ihr erbrachten Leistungen. Die Familie nimmt die fundamentale und unverzichtbare Aufgabe der „Humanisierung der Gesellschaft“ wahr und zwar bereits dadurch, „dass sie den Zwängen und Imperativen einer an Mittel/Zweckrationalität und Effizienz orientierten Logik eine andere Logik entgegensetzt, die Logik des Sein-Dürfens, des Angenommen-Seins, der reinen Selbstzwecklichkeit, auch die Logik des Schenkens und des Liebens. Familie stellt in diesem Sinne einen humanitären Bereich innerhalb unserer Gesellschaft dar, gleichsam ein Gegenbild gegenüber der zweifellos wirkmächtigeren Logik der Verwertung.“ (Kissling 1998, 41; vgl. auch Burkart 2001.)

Aufgrund der starken und nahezu ausschließlichen Forcierung der Förderung von frühkindlichen Betreuungseinrichtungen hinterlässt die gegenwärtige Familienpolitik nun den Eindruck, als sei genau diese Eigenart von Familie eine Störung für die vorrangige Erreichung der ökonomischen Ziele. Überspitzt formuliert hat Familienpolitik demnach diese Störung möglichst nachhaltig zu beseitigen, d.h. die Kinderbetreuung so zu gestalten, dass sie möglichst eine hohe Effizienz für die anderen Bereiche entfaltet. Familienpolitik wird damit zum Anhängsel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik. Dieses Denken signalisiert dann den bedauerlichen Erfolg des gegenwärtig allenthalben feststellbaren Trends, fasziniert von der „Effizienzlogik von Markt und Wettbewerb“ davon auszugehen, dass die Ökonomie das entscheidende, wenn nicht sogar das einzige Leitsystem der modernen Gesellschaft wird. (Vgl. Höhn 2000, 419.)

Von daher ist es nur konsequent, als sozialetisch-normativen Anspruch an Familienpolitik zu formulieren: Die Familie darf im Rahmen der Familienpolitik nicht zu einer ökonomisch beherrschten und regierten Größe werden.